

Nach dem Brexit

Bringt die EU tatsächlich weniger Demokratie?

Gastkommentar

von JOACHIM BLATTER

Jüngst wurde in einem NZZ-Beitrag die EU mit der gelenkten Demokratie Russlands gleichgesetzt, der Brexit als demokratische Rebellion der Vergessenen bezeichnet und mehr direkte Demokratie als Lösung propagiert. Das eigene nationale Demokratiedeck als der Weisheit letzter Schluss? Dem gilt es eine nüchterne Analyse der demokratischen Vor- und Nachteile nationaler und supranationaler Herrschaft sowie repräsentativer und direktdemokratischer Partizipationsformen entgegenzusetzen.

Aus demokratischer Sicht liegt die Hauptproblematik der EU tatsächlich in der grossen Distanz zwischen den Institutionen der EU und den europäischen Bürgern. Die Hauptursache für diese Distanz liegt allerdings nicht in den formalen Strukturen der EU begründet, sondern in der geringen Europäisierung der sogenannten «intermediären» Organisationen, v. a. in der extrem nationalistisch gefärbten Berichterstattung der Medien über europäische Politik. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, dass die EU die Demokratie in zweierlei Hinsicht massiv gestärkt und verbessert hat. Zum einen hat die EU in Süd- und Osteuropa den Übergang von autoritären Systemen zu Demokratien befördert und stabilisiert; zum anderen trägt die EU zusammen mit anderen supranationalen Institutionen dazu bei, ein zentrales Defizit der nationalen Demokratien in einer globalisierten Welt zu reduzieren.

Die massiv gestiegenen sozioökonomischen Ströme und Verflechtungen über nationale Grenzen hinweg haben dazu geführt, dass nationalstaatliche Politik massive, meist negative, externe Effekte jenseits der nationalen Grenzen produziert. Solange die Nationalstaaten keine internen Mechanismen etablieren, um die Interessen der «betroffenen externen anderen» in ihren Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess einzubinden, sind supranationale politische Institutionen die einzige Möglichkeit, Exklusivität und Ignoranz nationaler Demokratien zu reduzieren.

Bei einer nüchternen Analyse der demokratischen Vor- und Nachteile kommt die EU damit viel besser weg, als im öffentlichen Diskurs meist angenommen wird. Anders die nationalen Demokratien – auch in Bezug auf die direkte Demokratie der Schweiz: Wir erleben in allen nationalen Demokratien eine zunehmende «Tyrannie der Alteingesessenen». Dies liegt zum einen daran, dass die meisten Demokratien Zugewanderte viel zu lange vom Stimm- und Wahlrecht ausschliessen. Alle europäischen Länder – vor allem aber die Schweiz und die anderen deutschsprachigen Länder – sind in Bezug auf die demokratische Mitbestimmung von Immigranten sehr viel exklusiver, als dies aus der Sicht der normativen Demokratielehre der Fall ein sollte. Das Schweizer Parlament hat bei der jüngsten Reform des Bürgerrechtsgesetzes die Chance verpasst, das

grösste Demokratiedefizit der Schweiz – den Ausschluss von knapp 25 Prozent ihrer erwachsenen Bevölkerung aus dem Stimmvolk – zu reduzieren. Die EU dagegen trägt dazu bei, dieses fundamentale Demokratiedefizit der Nationalstaaten etwas zu reduzieren, indem sie von ihren Mitgliedsstaaten verlangt, dass sie bei Kommunal- und Europawahlen die Bürger aller EU-Staaten mitstimmen lassen.

Die «Alteingesessenen» verteidigen ihre politischen Privilegien nicht nur gegenüber neuen Mitbewohnern, sondern auch gegenüber ihrem eigenen Nachwuchs, indem die jüngste Generation von der Stimmabgabe ausgeschlossen wird.

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass es in einer direkten Demokratie den Alteingesessenen sehr viel leichter fällt, ihre exklusive Herrschaft zu verteidigen. Der Kampf im 20. Jahrhundert um das Frauenstimmrecht spricht hier eine deutliche Sprache. Die direkte Demokratie trägt tatsächlich zu einer stärkeren Identifikation der Menschen mit ihrer politischen Gemeinschaft bei – aber nur bei den Inkludierten, bei den vielen Ausgeschlossenen ist das Gegenteil der Fall. Kritikern der direkten Demokratie wird immer unterstellt, sie hielten die Menschen für dumm. Damit wird davon abgelenkt, dass eine niveauvolle Kritik der direkten Demokratie nicht auf die Fähigkeiten der Menschen abstellt, sondern auf die geringe Qualität des öffentlichen Diskurses. Diese Problematik wurde nicht nur beim Brexit deutlich. Auch in der Schweiz werden zunehmend Volksinitiativen angenommen, die aus liberaldemokratischer Sicht problematisch sind, weil sie die Rechte von Individuen und Minderheiten verletzen.

Warum schüren international agierende Wirtschaftsführer den Nationalismus, verteidigen die scheinbare Souveränität der Nationalstaaten, loben nationale Demokratien und diskreditieren supranationale politische Institutionen wie die EU? Weil sie in einer Welt von rivalisierenden Nationalstaaten viel leichter ihre Interessen umsetzen können, indem sie mehr oder minder explizit mit Wegzug drohen.

Joachim Blatter ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Luzern.